

# Politiker wollen den Heimatschutz schwächen

**Forderung** Ein Vorstoss verlangt, dass Heimatschutz-Gutachten nicht automatisch höher gewichtet werden als andere

VON RINALDO TIBOLLA

Ob ein Solarpark am Walensee, in einem Steinbruch im Kanton St. Gallen oder ein Steg für Besucher oberhalb des Rheinfalls in Schaffhausen: Mit ihren Gutachten hat die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) schon manches Projekt zunichtegemacht. Mehrere Vorstösse aus dem Parlament haben die ENHK als Gutachterin deshalb schon infrage gestellt.

Derzeit zur Diskussion steht die parlamentarische Initiative des Zuger FDP-Ständerats Joachim Eder. «ENHK-Gutachten können nach wie vor eine wichtige Grundlage bilden, dürfen aber nicht allein ausschlaggebend und quasi sakrosankt sein», sagt Eder. Die Gutachten dürften nicht automatisch höher gewichtet werden als andere, sondern müssten in die Gesamtinteressenbeurteilung einbezogen werden. Gerade in Bezug auf die Energieziele, welche die Energiestrategie 2050 des Bundesrats vorsieht, sei eine Güterabwägung unumgänglich. «Ein Ausbau der alternativen Energien ohne gewisse Eingeständnisse funktioniert nicht», sagt Eder.

## Professionellere Kantonsbehörden

Die ständerätliche Kommission für Umwelt, Raumplanung und ENER-



Ein Steg oberhalb des Rheinfalls in Schaffhausen wurde durch ein ENHK-Gutachten torpediert. REMY HOEHENER

gie (Urek) hat der Initiative Folge gegeben. Auch die Urek des Nationalrats hat dem Anliegen zugestimmt. «Es darf nicht zum Regelfall werden, dass kantonale Entscheidungen, durch eine Art Obergutachten der ENHK in einem Rekursverfahren negativ entschieden werden», sagt der Appenzeller CVP-Ständerat Ivo Bischofberger, Urek-Vizepräsident.

Ein wichtiges Argument sei auch, den Föderalismus zu stärken. Als die ENHK installiert worden sei, hätten die Kantone im Umweltschutzbereich

weitgehend noch über keine eigenen Behörden verfügt. Heute seien sie jedoch bezüglich Ressourcen und Fachkompetenz in der Lage, Beurteilungen vorzunehmen. «Logischerweise müssen ihre Beurteilungen auch mehr Gewicht erhalten», sagt Bischofberger.

Wie mühsam es zum Teil in den Kantonen sein kann, weiss der Schaffhauser Baudirektor Reto Dubach. Wegen der vielen negativen Entscheidungen aufgrund von ENHK-Gutachten sei die Rolle der Kommission im Kanton heftig diskutiert worden. Aber nicht nur

Projekte im Bereich Energie würden entgegen den Kantonsinteressen scheitern – auch Bestrebungen für bessere touristische Infrastrukturen. Die Projektidee des Stags oberhalb des Rheinfalls habe auch nach umfassenden Prüfungen des Kantons wegen der ENHK keine Chancen gehabt.

## Zusammenschluss zur Allianz

Vier Heimatschutzorganisationen wollen die drohende Schwächung der ENHK bekämpfen. Archäologie Schweiz, die Gesellschaft für Schwei-

zerische Kunstgeschichte, die Nationale Informationsstelle für Kulturgüter-Erhaltung (Nike) und der Schweizer Heimatschutz gründen deshalb die Alliance Patrimoine. Heute werden sie in Bern den Zusammenschluss bekannt geben. «Die Anliegen der Energiewende werden gegenüber Natur- und Heimatschutz ausgespielt – namentlich mit der parlamentarischen Initiative von Ständerat Eder», sagt Nike-Geschäftsführerin Cordula M. Keller, neu Vorsitzende der Allianz für das laufende Jahr.

Mit dem Motto «Energiewende – koste es, was es wolle» sei Alliance Patrimoine nicht einverstanden. Die Energieziele und der Denkmalschutz sollten als gleichwertige Interessen behandelt werden. Bisher sei diese Abwägung ein sinnvolles politisches Instrument gewesen. «Wir werden uns sicherlich überlegen, das Referendum zu ergreifen, sollten die Anliegen der Initiative so umgesetzt werden», kündigt Keller an. Den Vorwurf, dass Heimatschutzverbände mit ihren Einsparungen die Energiewende gefährden, lässt Keller nicht gelten. «Man sollte doch einfach die Verhältnismässigkeit wahren», so Keller. Und anstatt auf dem Bundeshaus Solarpanels zu installieren, wären Verpflichtungen zu Solarpanels bei Neubauten mit Flachdächern viel sinnvoller.

# Widmer-Schlumpf und die gezinkten Karten

**Finanzplatzstrategie** Die BDP-Bundesrätin ist unter Beschuss von rechts: Dabei ist klar, dass sie das Land in homöopathischen Dosen auf den automatischen Informationsaustausch vorbereiten muss.

VON STEFAN SCHMID

**DIE RECHTE VERSUCHT** derzeit mit aller Kraft, einen Skandal um Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu konstruieren. Der Rücktritt des Staatssekretärs Michael Ambühl und ein Parteiprotokoll der BDP sollen belegen, wie heimtückisch die Finanzministerin angeblich agiert.

Der Vorwurf: Seit Februar schon strebe Widmer-Schlumpf den automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuerfragen an, obwohl der Bundesrat offiziell bis heute die Abgeltungssteuer als Alternativmodell propagiere. Für FDP-Präsident Philipp Müller hat die Bündnerin die Position des Bundesrates «systematisch hintertrieben». Der Aargauer Nationalrat glaubt auch zu wissen warum: Indem sie laufend Konzessionen nach links mache, wolle sie sich ihre Wiederwahl in zweieinhalb Jahren sichern.

**BEIM FIDELN**, von der «Neuen Zürcher Zeitung» nach Kräften angeheizten Widmer-Schlumpf-Bashing will natürlich auch SVP-Chef Toni Brunner nicht abseitsstehen. Der Gesamtbundesrat müsse punkto Finanzplatzstrategie das «Heft nun in die Hand nehmen», fordert der Toggenburger forsch. Die NZZ selber spricht von einer «Sololäuferin, die mit gezinkten Karten spielt» und sie ruft nach dem Bundespräsidenten Ueli Maurer, der die «Zwietracht säende Finanzministerin» endlich mit einem Machtwort zur Raison bringen möge.

Eveline Widmer-Schlumpf ist selbstverständlich keine Heidi aus den Bergen. Sie ist kein Goldfischchen, das nicht wüsste, wie es sich im Berner Haifischbecken zu verhalten hat. Sie kalkuliert, pokert, finansiert und passt sich schlangemässig an, wenn es gerade opportun ist. Derselbe Verhalten ist im Bundeshaus gang-



Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf.

PIXSIL/DANIEL RIIHS

und gäbe. Ihr daraus einen Strick zu drehen, ist scheinheilig.

**WORUM GEHTS DENN?** Seit Herbst 2012 ist ruchbar, dass sich die Abgeltungssteuer als Gegenkonzept zum automatischen Informationsaustausch international nicht durchsetzen wird. Bewegliche Köpfe wie Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz haben das schon viel früher gemerkt. Der Bundesrat hat zwar im Dezember im Bericht zum Finanzplatz seine ablehnende Haltung bekräftigt. Die negative Formulierung wurde aber abgeschwächt.

Fast gleichzeitig machte sich eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des ehemaligen Seco-Ökonomen Aymo Brunetti an die Aufgabe, eine künftige Strategie für den Finanzplatz zu entwerfen. Dass diese in Richtung

## Beim fidelen Widmer-Schlumpf-Bashing will auch Toni Brunner nicht abseitsstehen.

AIA gehen wird, ist im Bundeshaus weitgehend klar. Konkrete Ergebnisse werden noch vor der Sommerpause erwartet.

Seit Dezember wissen eigentlich alle, dass der Informationsaustausch irgendwie und irgendwann kommen wird. Nur den Willen, dies laut zu sagen, hatten im bürgerlichen Lager die wenigsten. Auch die Finanzministerin nicht. Sie überlässt diesen Job – wie auch der Gesamtbundesrat – der Gruppe Brunetti und beschränkt sich selber darauf, die Öffentlichkeit mit offiziösen Anspielungen auf den bevorstehenden Kurswechsel vorzubereiten. Hinterhältig ist das nicht, höchstens mutlos.

Der Rücktritt Michael Ambühls und das vermeintlich so brisante BDP-Protokoll vom Februar sind daher für die Widmer-Schlumpf-Gegner willkommen, neue Gelegenheiten, die ungeliebte Magistratin zu tadeln. Daran, dass die Schweizer Banken das Bankgeheimnis selber diskreditiert haben, ändert dies ebenso wenig wie die Tatsache, dass die internationale Gemeinschaft mit der Abgeltungssteuer wenig anfangen kann.

# Freihandel macht Peking glücklich

Vier Tage sind seit dem Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang in Bern vergangen. Gestern nun hat die chinesische Seite erstmals Bilanz über das geplante Freihandelsabkommen mit der Schweiz gezogen – und es stellt sich unwillkürlich die Frage: Haben die Chinesen die Schweiz über den Tisch gezogen? Jedenfalls jubelte gestern ein hoher Magistrat im Pekinger Handelsministerium: 99,7 Prozent aller chinesischen Exporte in die Schweiz würden ab Inkrafttreten des geplanten Freihandelsabkommens von Zöllen und Steuern befreit – demgegenüber streicht China lediglich bei 84 Prozent der Schweizer Exporte die Zölle, und dies auch nicht mit einem Schlag, sondern mit einer Verzögerung von bis zu 15 Jahren.

Wie die NZZ berichtet, sei es Peking darum gegangen, die zum Teil noch weniger weit entwickelten chinesischen Industriebereiche vor der Schweizer Konkurrenz zu schützen. Ein wichtiges Ziel der Chinesen sei insbesondere eine Verbesserung der chinesischen Uhrenindustrie und deren Konkurrenzfähigkeit gewesen. Entsprechend sollen die Zölle auf Schweizer Uhren im Verlauf der kommenden zehn Jahre bloss schrittweise und am Ende dieser langen Frist lediglich um 60 Prozent abgebaut werden.

Nichtsdestotrotz gibt sich die Schweizer Uhrenindustrie optimistisch. In einem gestern publizierten Communiqué betont der Branchenverband, dass er sich einen intensiveren Austausch und bessere Zusammenarbeit mit dem Reich der Mitte erhoffe. Eine entsprechende Absichtserklärung sei am vergangenen Freitag mit Blick auf das unterschrittsreife Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China unterzeichnet worden. Bereits am Wochenende hatte sich Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann zu einigen Details des Abkommens geäussert. «Wir konnten das Optimum nicht herausholen», sagte Schneider-Ammann im Radio SRF. Bei gewissen Produkten seien die Regeln nicht ideal. Immerhin habe Bern aber keine Konzessionen bei der aus Schweizer Sicht so sensiblen Landwirtschaft gemacht. (GY)